

Auslandsgesellschaft.de

das magazin

■ LÄNDER ■ MENSCHEN ■ POLITIK

Ausgabe
03/2022



■ Russland | Ukraine
Ein besonderes Treffen

■ Im Porträt:
Norbert Schilff

■ 65 Jahre Vereinigung
Deutsch-Französischer
Gesellschaften

Inhalt

Editorial.....	2
Russland Ukraine: Ein besonderes Treffen	4
Ukrainische Konsulin zu Besuch	8
65 Jahre VDFG – Kein Grund sich zur Ruhe zu setzen	10
Der Oktober wird Deutsch-Französisch	14
Im Portrait: Norbert Schilff. Nicht meckern, machen....!.....	18
Kostenlose Beratung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine	20
Stirbt die Pressefreiheit stirbt die Demokratie.....	21
Pressefreiheit in Europa unter Druck – zur Lage in Ungarn und Polen	28
Verschiedenes	34
Rezension Nino Haratischwili: Das mangelnde Licht	36

Impressum

Texte:

Pascale Gauchard | Martina Plum

Bilder:

Titel: Norbert Schilff

Bundesregierung / Guido Bergmann: S. 16

Pascale Gauchard: S. 9

Lena Hirschinger: S. 14

Martina Plum: Titel, S. 3, 5, 6, 18, 19, 21, 22, 23, 31, 34, 36

VDFG: S. 11, 15

Redaktion:

Pascale Gauchard | Martina Plum | Andreas Schmid

Gestaltung:

WHY! Agentur für Kommunikation und Wesentliches GmbH, Dortmund

V.i.S.d.P.: Marc Frese

Herausgeber:

Auslandsgesellschaft.de e.V.

Steinstr. 48, 44147 Dortmund

Tel. (0231) 838 00 0, Fax: -56

www.auslandsgesellschaft.de

Editorial

Es gibt Kontinuitäten. Und die liegen vor allem darin, dass nichts mehr so ist, wie es einmal war. Wir leben in den Krisen. Und wir leben mit ihnen.

Noch haben wir einmal kurz in diesem Sommer das Virus vergessen. Wir haben gefeiert. Juli/August war voller Feste, Festivals und den Begegnungen draußen. So allmählich stellen wir uns wieder auf den Herbst ein und hoffen heute, dass es das Virus nicht mehr allzu doll mit uns treibt.

Damit aber nicht genug. Die Krise des Krieges, den Putin in Europa entfacht hat, begleitet uns weiter. Auch hier. Aber wir haben gelernt, bzw. ist es das, was die Arbeit an der Steinstraße ausmacht: Wir schauen etwas genauer hin, verharren nicht im Schwarz-Weiß-Denken. So haben wir in den Deutschkursen Menschen aus der Ukraine und aus Russland. Sie lernen gemeinsam deutsch, die Sprache mit der sie sich bald in der neuen Umgebung zurechtfinden wollen.

Wie läuft das? Gibt es überhaupt ein Miteinander? Bei dem was da gerade direkt vor unserer Haustür passiert.

Es sind diese besonderen Begegnungen, die unser Leitthema »Völkerverständigung« menschlich vergegenwärtigen. Wir haben zwei Frauen, die aus Moskau geflohen sind, die zuvor bei der inzwischen liquidierten Menschenrechtsorganisation Memorial gearbeitet haben, zusammen gebracht mit Ivanna Moskaliuk aus der

Ukraine. Lesen Sie selbst von dieser ganz besonderen Begegnung, die vor allem eins nachhaltig hinterlässt: Hoffnung (S. 4ff).

Es gibt kein Gespräch, bei dem das Thema nicht auch eine Rolle spielt. So auch beim Portrait über unser Vorstandsmitglied und Bürgermeister der Stadt Dortmund Norbert Schilff (S. 18) und natürlich beim Besuch der ukrainischen Konsulin (S.8).

Der Oktober steht ganz im Zeichen der deutsch-französischen Begegnung. Die Vereinigung der Deutsch-Französischen Gesellschaften richten ihren Kongress vom 21.–23. Oktober 2022 in Dortmund aus: »Europa im Kopf und im Herzen. Was verbindet uns? Was trennt uns?« ist das Thema rund um die Begegnungen, Workshops, den Vorträgen und den Diskussionen (S. 10).

Wir legen Ihnen noch ein besonderes Thema nahe: Es geht um die Pressefreiheit in Europa. Ohne die Freiheit der Presse ist die Demokratie gefährdet (S. 21). Gemeinsam mit dem Büro für internationale Beziehungen der Stadt Dortmund und dem European Journalism Observatory (ejo) der TU Dortmund hat das Europe Direct (ED) der Auslands-gesellschaft drei Veranstaltungen zu diesen besonderen Herausforderungen organisiert.

Bleiben Sie zuversichtlich und vor allem: gesund

Klaus Wegener

Präsident

Marc Frese

Geschäftsführer



Marc Frese + Klaus Wegener

Russland | Ukraine:

Ein besonderes Treffen

Wir alle haben großen Respekt vor dieser Begegnung. Wir wissen, dass es nicht leicht sein wird. Dennoch – oder vielleicht gerade deswegen: Diese Begegnung ist hochkonzentriert und intensiv: Zwei Frauen aus Moskau – wir geben ihnen die Namen Nina und Anna.

Ihre Flucht hat sie nach Dortmund gebracht. Die beiden treffen in der Steinstraße auf Ivanka aus der Ukraine, die seit dem Sommer 2021 ihr Europäisches Freiwilligenjahr absolviert.

»Wie wir hierherkommen sind, das sollten wir besser nicht erzählen.« Unser Gespräch beginnt direkt mit einer klaren Ansage. Nina und Anna arbeiteten bei der seit dem 28. Februar 2022 liquidierten Menschenrechtsorganisation Memorial in Moskau. Sie haben ihr Land verlassen. Und sind

„Wie wir hierherkommen sind, das sollten wir besser nicht erzählen.“

jetzt dort angekommen, wo auch viele Menschen infolge des Überfalls Putins auf ihr Land, auf die Ukraine landen. Da ist ein wenig Angst dabei. »Wie werden die anderen auf mich reagieren?« Das fragt sich die Ukrainerin, das fragen sich auch die bei-

den aus Russland. Sollte jemand den Überfall auf die Ukraine rechtfertigen, dann ist das Gespräch sofort beendet. Das haben wir vorher klar miteinander abgesprochen. Aber ich sehe die Gefahr nicht.

.....
Unter normalen Umständen kommt man nicht raus aus Russland.

Fluglinien aus Russland haben Landeverbot in der EU, die Preise haben sich verdoppelt oder verdreifacht. Russen erhalten so schnell keinen Schutztitel, aber das Schengen-Visum (gilt für 90 Tage). Die geringen Asylbewerberzahlen aus Russland bereiten Sorgen. Das kann nur bedeuten, dass es viele nicht schaffen, rauszukommen. Von Januar – März 2022 waren es nur 388 (Vorjahr 310). Das Auswärtige Amt schreibt im Februar 2022 von rund 2.100 Schengen-Visa.

Nach Georgien zu gehen ist für viele Russen wesentlich leichter, 30.000 sind dorthin ausgereist, hier dürfen sie ein Jahr lang bleiben und arbei-

ten, ein Visum ist nicht erforderlich. Die Zahl der Auswanderer aus Russland steigt rasant, vor allem im Kaukasus, Zentralasien und der Türkei. Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim konstatiert 300.000 Russen, die ausgewandert sind. Das sind vor allem Regimegegner, Journalisten, Wissenschaftler und Menschenrechtler.

Das Innenministerium plant ein Unterstützungsprogramm: Die Ausländerbehörden sollten die kurzzeitigen Schengen-Visa in einjährige Nationalvisa umwandeln. Der Paragraph 22 des Aufenthaltsgesetzes sieht die Notwendigkeit »aus dringenden humanitären Gründen« vor.

Die Innenministerin Faeser fordert: »Wir müssen Wege finden, damit konkret bedrohte Menschen aus Russland in der EU Asyl beantragen und auch arbeiten können. Flüchtlinge aus der Ukraine erhalten mit Hilfe einer Krisenrichtlinie der EU bis zu drei Jahre die Möglichkeit in Deutschland unterzukommen für Geflohene aus Russland sind die Richtlinien strenger.

.....
 Nina und Anna mussten sehr schnell ihr Land verlassen. Sie sehen kaum eine Möglichkeit, dass der Paragraph 22 für sie gilt. Sie arbeiten für die Menschenrechtsorganisation »Memorial«. Die Organisation ist liquidiert. Die Duma, das russische Parlament hat das Agentengesetz verschärft. Seit dem 5. April ist die Organisation aufgelöst und jeder, der für sie gear-



beitet hat, kann als Agent in ausländischen Diensten angeklagt werden.

.....
Memorial wurde 1989 in einer Zeit des Aufbruchs gegründet. Die Organisation gibt den Opfern und den Verschwundenen, den Deportierten, den Erschossenen ihre Würde zurück. Und Memorial sucht nach Massengräbern. Memorial gräbt aber nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart. Sie



gingen den Gerüchten über Verbrechen im Tschetschenienkrieg nach. Und zwar auf allen Seiten.

Auch in Deutschland arbeitet Memorial. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sieht im Gesetz über »ausländische Agenten« einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Auch nach der Liquidation geht die Arbeit der Organisation weiter.

.....
 Anna und Nina sind seit Anfang und Mitte Mai in Dortmund. Sie arbeiten nun im Stadtarchiv. Sie werden mit

einem Stipendium der Bundesanstalt Aufarbeitung in Berlin unterstützt. In der Auslandsgesellschaft besuchen sie einen Deutschkurs.

In Moskau wurden ihre Büros vom Geheimdienst liquidiert, danach durchsucht. Seitdem haben sie große Angst. Vor allem davor, in einem Gefängnis zu verschwinden.

Anna hat in Moskau ihre 25-jährige Tochter und ihren Mann, die sie schmerzlich vermisst. So alt wie ihre Tochter ist Nina. Sie hat bei Memorial gerade ein Praktikum absolviert, jetzt vermisst sie ihre Familie, ihre Freunde, ihre Heimat und ihre Sprache.

»Aber ich kann dort nicht mehr leben. In einem Land, in dem ich meine Gedanken nicht frei äußern kann«.

.....
Auch der Westen hat weggeschaut und nicht gesehen, dass aus dem »Großen Vaterländischen Krieg«, dem Krieg der Roten Armee über den Hitler-Faschismus, eine Geschichtsideologie geworden war. Im Nachhinein ist man immer klüger. Aus der heutigen Sicht klingen die Worte Putins aus dem Jahr 2014 eindeutig: »Für sein Vaterland zu sterben – darin liegen die tiefen Wurzeln unseres Patriotismus.«

In diesem Jahr hat der ukrainische Dichter Serhij Zhadan des Friedenspreis des deutschen Buchhandels bekommen. Er klagt den Westen an: »Ihr habt zu lange und zu unverschämt mit den Tätern dieses Krieges verhandelt. Ihr habt lange zwischen euren Prinzipien und eurer Bequemlichkeit geschwankt und dabei alle Verpflichtung der Partnerschaft vergessen ... Ihr habt eine Mitverantwortung.«

Den Russen wird es leichtgemacht, nicht zu sehen, was sie nicht sehen wollen. Alles zu glauben, was man ihnen erzählt. Denn es gibt keine freie Berichterstattung, alle Medien sind gleichgeschaltet und geben das wieder, was die Propaganda erlaubt. Der Staat entscheidet, was ist richtig und was ist falsch. Und wer sich nicht an die Meinung des Staates hält, wird weggesperrt.

.....
Seit 2020 gibt es einen neuen Passus in der russischen Verfassung: »Die Russische Föderation ehrt die Erinnerung an die Verteidigung des Vaterlandes, verteidigt die historische Wahrheit. Es ist nicht erlaubt, die Bedeutung der Heldentaten des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes zu schmälern.«

” **Aber ich kann dort nicht mehr leben. In einem Land, in dem ich meine Gedanken nicht frei äußern kann.**

Memorial wollte nichts weiter als die Wahrheit aufdecken. Den Ermordeten, Verscharzten, Vergessenen ihre Namen zurückgeben. Memorial hat lange durchgehalten. Bei so viel Gegenwind. Der Gewinn der ehrlichen Arbeit ist heute für Anna und Nina, dass sie ihre Heimat verlassen mussten, weil sie Angst um ihr Leben hatten.

Ivanka, die junge Frau aus der Ukraine kann die gleiche Sprache sprechen wie Nina und Anna aus Moskau.

Alle drei merken, dass sie miteinander reden können. Und dieser völkerrechtswidrige Überfall mitten in Europa von niemandem am Tisch gerechtfertigt wird.

Dieses Gespräch bleibt in respektvoller Erinnerung. Es war nicht leicht, es war hochkonzentriert und intensiv. Zum Schluss gibt es Tränen.

Tränen um die Verluste. Auf allen Seiten.



Ukrainische Konsulin zu Besuch

Am 12. Juli war Iryna Shum, die ukrainische Generalkonsulin aus Düsseldorf in der Auslandsgesellschaft zu Gast. Sie erkundigte sich über die Arbeit der Auslandsgesellschaft und bedankte sich für das Engagement gegenüber ihren Landsleuten.

Die Auslandsgesellschaft hatte direkt nach Kriegsbeginn kostenlose Deutsch-Kurse für Ukrainer*innen eingerichtet und veröffentlichte ein Service-Heft in Ukrainisch um die Neuankömmlingen den Start in Dortmund zu erleichtern.

Im Gespräch mit ukrainischen Bürger*innen, die aktuell Deutsch in der Auslandsgesellschaft lernen, musste die Konsulin viele Fragen rund um Aufenthaltsrecht und Passangelegenheiten beantworten. Es ging auch um fehlende Schulplätze für die Kinder,

Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen. »Sie lernen schnell und sind sehr motiviert. Das bezeugen alle Lehrkräfte«, betonte Christianna Champa, verantwortlich für den Bereich Deutsch als Fremdsprache in der Auslandsgesellschaft. Auf die Frage, ob sie in Deutschland bleiben wollen, können die wenigsten eine eindeutige Antwort geben. Klar ist, dass für viele die Möglichkeit einer angemessenen beruflichen Integration neben der Schulbildung ihrer Kinder bei dieser Entscheidung eine wichtige Rolle spielen wird.

” Sie lernen schnell und sind sehr motiviert. Das bezeugen alle Lehrkräfte.



Martin van der Pütten (Stadt Dortmund), Iryna Shum (Ukrainische Konsulin), Klaus Wegener (Präsident der Auslandsgesellschaft), Christianna Champa (Leiterin Sprachen)

Bei der Suche nach einem Proberaum bzw. der Organisation von Tanz- und Musikauftritten sicherten Klaus Wegener (Auslandsgesellschaft) und Martin van der Pütten (Stadt Dortmund) ihre Unterstützung zu.

Im Nordstadtblogger ist ein ausführlicher Beitrag zum Besuch der Konsulin erschienen. <https://www.nordstadtblogger.de/wie-in-einem-fremden-land-fuss-fassen/>

65 Jahre VDFG – Kein Grund sich zur Ruhe zu setzen

»Der Bildung eines Arbeitskreises Deutsch-Französischer Gesellschaften wird zugestimmt. (...) Die Deutsch-Französische Gesellschaft Wetzlar wird gebeten, die Federführung des Arbeitskreises zu übernehmen.« Diese Resolution vom 27. Juni 1957 war die Geburtsstunde der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG). Aus 21 Gründungsmitgliedern sind heute 135 Mitgliedsvereine in Deutschland und mindestens ebenso viele in Frankreich geworden. Die beiden Vereinigungen repräsentieren gemeinsam schätzungsweise 30.000 Personen, die sich für den deutsch-französischen Austausch in beiden Ländern engagieren. Grund genug, um hinter die Kulissen zu schauen. Was macht die Vereinigung? Was ist aktuell auf der Agenda? Wer sind die Macher*innen, was motiviert sie?

66. Kongress der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa

21.–23. Oktober 2022 in Dortmund

EUROPA IM KOPF UND IM HERZEN

Was uns verbindet – was uns trennt

Deutsch-Französische Überlegungen von europäischer Tragweite

Mehr Infos zum Kongress und Link zum Programmflyer: <https://vdfg.de/aktivitaeten/jahreskongress/>



Zur VDFG

Die Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG) ist ein Mitmach-Verband, der jedem Verein offensteht, der sich für die gleichen Ziele einsetzt, und der dies in einem größeren Verbund tun und damit einen Beitrag zu einem gemeinsamen Europa leisten möchte – in der Überzeugung: L'union fait la force. Wir ziehen alle am gleichen Strang, gemeinsam erreichen wir mehr und stärken wir uns gegenseitig.

Die Tätigkeit der Vereinigung erstreckt sich auf den kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich.

Die VDFG fördert den deutsch-französische Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene, sie unterstützt ihre Mitglieder in ihrem Engagement, sie führt ehrenamtliches Engagement zusammen und verleiht ihm Sichtbarkeit, sie vertritt das bürgerschaftliche deutsch-französische Engagement gegenüber Politik, Institutionen und Öffentlichkeit, sie trägt zur Verbesserung der Kenntnisse über das Partnerland bei, sie fördert die Vernetzung der Bürger beider Länder und dient so der deutsch-französischen Freundschaft und den Bestrebungen zur Europäischen Einigung.

Im Image-Film zum 65. Bestehen kommen einige der Macher*innen zu Wort. <https://vdfg.de>

Zur Geschichte des Verbandes lesen Sie <https://vdfg.de/ueber-uns/geschichte-der-vdfg/>

Einige Fragen an die Präsidentin der VDFG, Dr. Margarete Mehdorn

Liebe Frau Dr. Mehdorn, 2016 wurden Sie als Präsidentin der VDFG gewählt. Was motiviert Sie? Was ist der größte Erfolg des Verbandes der letzten Jahre?

Meine Motivation für die deutsch-französische Freundschaft kommt von meiner Prägung in der Familie und an meinem Geburtsort, wo die Franzosen einfach mit dazu gehörten. Meine Motivation ganz allgemein ist die Überzeugung, dass jede/r im eigenen Umfeld mit seinen/ihren Fähigkeiten einen Beitrag zu Frieden, Verständigung und zum Zusammenwachsen in Europa tun kann. Und dass gute Kommunikation Voraussetzung für Verständigung ist. Ich leiste meinen Beitrag eben in der deutsch-französischen Verständigung, die ich mir ja auch für meine berufliche Tätigkeit ausgesucht habe.

Unser größter Erfolg in der VDFG in den letzten Jahren war, dass das Förderwerk für den gesellschaftlichen deutsch-französischen Austausch nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das wir im Vorweg zum Aachener Vertrag in die Diskussion gebracht hatten, tatsächlich durch Art. 12 des Aachener Vertrags von 2019 geschaffen wurde und nun mit dem Deutsch-Französischen Bürgerfonds eingerichtet worden ist.

Ein weiterer Erfolg, dass bei der Erstellung des Bürgerfonds von Seiten des zuständigen Bundesministeriums tatsächlich auch unsere Expertise angefragt worden ist und wir beratend tätig sein konnten.

In den letzten Jahren hat der Verband viel für die Sichtbarkeit der zivilgesellschaftlichen ehrenamtlichen Arbeit im Franco-Allemand getan. Das Engagement und die Expertise werden von der Politik und den Entscheidungsträgern gelobt und geschätzt. Was wäre für



Verleihung des Verdienstordens »Chevalier de l'Ordre national du Mérite« an Dr. Mehdorn durch I.E. Anne Marie Descôtes, französische Botschafterin

Sie die Konsequenz daraus oder Ihr größter Wunsch für die nächste Zukunft?

Das was wir an Kontakten, Bekanntheit und Sichtbarkeit gewonnen haben, muss auch gepflegt werden, denn Ansprechpartner ändern sich und man muss im Gespräch bleiben. Wichtig ist es, immer wieder neue Mitstreiter*innen zu gewinnen, die das mittragen und fortsetzen.

Mein größter Wunsch für die VDFG wäre eine Anerkennung ihrer Arbeit auch durch eine verlässliche finanzielle Grundsicherung, d.h. eine kleine institutionelle Förderung, von Seiten der Bundesministerien, die es wenigstens er-

lauben würde, als Back-up für die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder eine Geschäftsstelle mit einer Teilzeitkraft zu unterhalten.

Die VDFG und ihr Partnerverband in Frankreich FAFA, das sind insgesamt 20 bis 30.000 ehrenamtlich engagierte Menschen im Franco-Allemand. Sehr unterschiedliche Strukturen und Herangehensweisen, wenig finanzielle Mittel, dafür Ergebnisse, die sich sehen lassen können. Was ist das Geheimnis?

Es gibt kein Geheimnis. So ist das Leben. Es gibt immer einzelne Menschen mit Idealen und viel Begeisterung, die andere motivieren können, sie mitnehmen und mit ihrer Begeisterung anstecken. Die sich aber auch mit Ausdauer und selbstlos einsetzen. Dann kann man auch mit wenig Geld viel machen. In unseren Vereinen gibt i.d.R. wenig Geld, aber viel Enthusiasmus, viele Ideen und große Einsatzbereitschaft, hinzu kommt eine besondere Vorliebe zur Sprache und Kultur des Partnerlandes. Allen gemeinsam ist der Wunsch nach Austausch und gegenseitigem besseren Verständnis.

Nachwuchs, Jugend, Generationswechsel: diese Themen sind für Vereine generell wichtig. Auch in der bilateralen Arbeit. Wie sieht es bei der VDFG aus? Welche Wege wurden gewählt?

Wir können uns der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung nicht entziehen. Da hilft es nicht, dies ständig zu beklagen, sondern Offenheit für neue Ansätze ist gefragt!

Wir haben aber in der VDFG mit dem DFJA e.V. (<https://dfja.eu>) einen überregional organisierten Verein junger Menschen, die sich sehr vielseitig und kompetent engagieren - auch zum Nutzen älterer Vereine. Der DFJA entstand aus einem Juniorenforum anlässlich eines un-

serer Kongresse und hat sehr schnell das sog. Intergenerationelle Forum als neues Format des Austauschs zwischen Älteren und Jüngeren entwickelt. Dieses findet in der Regel vor dem Kongress und in Verbindung mit ihm statt. Auch dieses Jahr in Dortmund. Oder unser Mitgliedsverein KulturVivante e.V., ein Verein, in dem sich junge Leute über digitale kulturelle Aktivitäten zwischen Deutschland und Frankreich zusammengefunden haben und so deutsch-französischen Austausch pflegen (<https://kulturvivante.eu>).

Insgesamt sollte unser Ziel sein, möglichst viele Menschen für das Franco-Allemand zu begeistern. Wichtig ist es dann, dass ein paar Menschen gibt, die solche Vereinsstrukturen aufrechterhalten, die anderen ein punktuell Engagement ermöglichen. Für beides spielt das Alter erst mal keine Rolle.

Wir leben aber in einer älter werdenden Gesellschaft mit vielen, noch sehr vitalen und leistungsfähigen Senioren. Da muss man vielleicht auch einmal solche Dinge wie Vereinsarbeit neu denken. Die Senioren könnten mehr Verantwortung übernehmen und jüngeren Menschen, die meist sehr stark in Beruf, Karriereplanung und Familie eingespannt sind, die Möglichkeit geben, sich punktuell oder projektbezogen einzubringen, wenn sie den Wunsch dazu haben. Wenn das klappt, engagieren sie sich vielleicht später einmal mehr. Und dann müssen die Älteren aber auch bereit sein, wenn sich die Gelegenheit bietet, eine Position in jüngere Hände abzugeben und Veränderungen zu akzeptieren.

Die Deutsch-Französische Freundschaft und Zusammenarbeit, die Verantwortung vor der Geschichte werden immer wieder in den Vordergrund gestellt. Sie sagen: »Viele wissen nicht, dass die deutsch-französische Verbin-

dung das kulturelle »Scharnier« in Europa ist«. Was ist die Besonderheit dieses Scharniers? Können Sie Beispiele nennen?

Es gibt gesellschaftliche kulturelle Prägungen, die sich über die Jahrhunderte unter dem Einfluss der Geschichte, der Geografie, des Klimas, der Religion(en) und vieler anderer Faktoren entwickelt haben. Und da war der mediterrane Raum in Europa anderen Einflüssen ausgesetzt als der nordeuropäisch-baltische und der zentraleuropäische Raum. Entsprechend sind heute Verhaltensweisen, Kommunikationsstile, Umgang mit Zeit und Hierarchie, Arbeitsweisen z. T. sehr unterschiedlich in diesen Ländern. Und da treffen innerhalb der EU an der deutsch-französischen Grenze solche unterschiedlichen kulturellen Grundprägungen aufeinander und werden zunächst im deutsch-französischen Dialog "unter einen Hut gebracht" für das Bilaterale, aber in der EU auch als Grundlage für multilaterale Einigungen. Es würde zu weit führen, hier weiter ins Detail zu gehen. Aber z.B. die Auseinandersetzung in der EU im letzten Jahr zwischen den sogenannten "sparsamen Vier" und den anderen Ländern zur EU-Haushaltspolitik und den Coronahilfen war m.E. vor allem auch mitbedingt durch solche kulturell bedingt unterschiedlichen politischen Ansätzen.

Gibt es etwas, dass Sie anlässlich des Jubiläums des Verbandes mitteilen möchten? Bzw. den Mitgliedern der Auslandsgesellschaft und Leser*innen sagen möchtest?

Mit der Gründung des Arbeitskreises der DFGen haben unsere Vorgänger schon 1957 den Vernetzungsgedanken umgesetzt. Mehr denn je müssen wir uns heute zusammenschließen, auch grenzüberschreitend, wenn wir lokal handeln, aber global, d.h. national und europäisch Sichtbarkeit und Wirkung mit unserem Engagement erzielen wollen. Um

zukunftsfähig zu sein, sollten wir außerdem den Wandel der Gesellschaft im Blick haben und unsere Angebote und Formate anpassen. Denn das Engagement für Verständigung, Freundschaft und Frieden zwischen den Bürgern unserer Länder wird immer aktuell bleiben.

Vielen Dank für das Gespräch.

Zur Person

Dr. Margarete Mehdorn ist Konferenzdolmetscherin, Übersetzerin, interkulturelle Trainerin, engagiert für Mindeststandards beim Community Interpreting. Die Mutter von 3 erwachsenen Kindern, gebürtige Pfälzerin, Wahlkielerin mit Standbein in Berlin, überzeugte Europäerin sagt von sich: »Ich bin von klein auf mit Frankreich verbunden, ich bin ein Familienmensch, Teamplayerin, umweltbewusst, passionierte Radfahrerin, lese und reise gerne.« Dass sie ein Organisationstalent ist, das glaubt man ihr aufs Wort, denn die Vorsitzende der VDFG ist auch Mitgründerin einer Stiftung, Stiftungsratsvorsitzende und seit 2020 Regionale Beraterin für den Deutsch-Französischen Bürgerfonds für Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern.

Für Ihr Deutsch-Französisches Engagement erhielt sie die Andreas-Gayk-Medaille der Landeshauptstadt Kiel, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und den französischen Verdienstorden Chevalier de l'Ordre national du Mérite.

Der Oktober wird Deutsch-Französisch

Kongress | Intergenerationelles Forum | Jubiläen | Preisverleihung | Ausstellungen



ensemble – zusammen: Eine Grafik von Lena Hirschinger

Es wird in diesem Jahr ein Deutsch-Französischer Oktober in Dortmund werden. Denn die Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG/FAFA) richtet ihren diesjährigen Kongress (21.–23. Oktober) in Dortmund aus. Eine Delegation aus Dortmunds Partnerstadt Amiens wird auch anwesend sein – das 60. Jubiläum der Städtepartnerschaft musste im Pandemiejahr 2020 ausfallen und wird zu diesem Anlass nachgeholt. Krönender Abschluss ist die öffentliche Verleihung des Elsie Kühn-Leitz Preises. Dieser Kongress ist der 66., bereits 1959 und 1968 fanden Kongresse in Dortmund statt. Damals wie heute ist der lokale Partner die Auslandsgesellschaft. Die Planungen laufen auf Hochtouren und es wird sich noch einiges ändern. Hier einige Informationen.

Das Thema lautet: »Europa im Kopf und im Herzen. Was verbindet uns? Was trennt uns?« Erwartet werden ca. 200 aktive Personen aus Partnerschaftsvereinen und bilaterale Gesellschaften. Neben den offiziellen Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen mit Ansprachen, u.a. vom jeweiligen Botschafter und von Vertretern von Stadt, Land und Bund, umfasst das Programm eine Reihe von Begegnungen, Workshops, Vorträgen und Diskussionsrunden. Zeitgleich und verbunden mit dem Kongress (19.–21. Oktober) findet das Deutsch-Französische Intergenerationelle Forum des Deutsch-Französischen Jugendausschusses statt. Der Kongress wird mit Unterstützung der Stadt Dortmund durchgeführt.

BEGEGNUNG MIT DORTMUNDER*INNEN

»Für uns als Auslandsgesellschaft ist es wichtig, dass ein Austausch mit dem interessierten Publikum in Dortmund und Umgebung stattfinden kann. So zeigen wir am 20. Oktober den Film »Driving Europe« in der Schauburg. Das diesjährige Deutsch-Französische intergenerationelle Fo-

rum findet im Dietrich-Keuning-Haus (DKH) statt, auch dort ist ein Begegnungsabend mit Dortmunder*innen geplant. Außerdem zeigen wir zwei Ausstellungen französischer Künstler*innen im Oktober«, informiert Pascale Gauchard vom Organisationsteam.



66. VDFG-FAFA-Kongress
Europa im Kopf und im Herzen
Was uns verbindet – Was uns trennt
Dortmund 21.–23.10.2022

66^e Rencontre VDFG/FAFA
L'Europe dans la tête et dans le cœur
Ce qui nous unit – Ce qui nous sépare
Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Hendrik Wüst
Sous le Haut patronage de Ministre-Président Hendrik Wüst





Valéry Giscard-d'Estaing, Jacques Delors oder Helmut Kohl gehörten zu den Preisträgern. Auf dem Bild: Verleihung des Elsie Kühn-Leitz-Preises an Dr. Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue 2018

ELSIE KÜHN-LEITZ-PREISVERLEIHUNG – 65 JAHRE VDFG

Elsie Kühn-Leitz war die Gründungspräsidentin der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG) und entstammt der in Wetzlar ansässigen Unternehmerfamilie Leitz. Der Elsie Kühn-Leitz-Preis ist mit 10.000 € dotiert und wird in regelmäßigen Abständen für herausragende Verdienste um die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Einigung verliehen. Der/die Preisträger/in soll das Preisgeld für die Förderung eines ge-

meinnützigen deutsch-französischen Zwecks seiner/ihrer Wahl verwenden. »Zum 65. Bestehen der VDFG hat sich die Stiftung entschieden, den Preis erneut im Rahmen des Kongresses zu verleihen. Darüber freuen wir uns in Dortmund natürlich sehr. Der/die Preisträger*in 2022 sowie Laudator/Laudatorin werden kurz vor dem Kongress bekannt gegeben. Auf jeden Fall heißt es jetzt, gespannt sein und den Termin vormerken.«

Mehr zum Elsie Kühn-Leitz Preis

<https://vdfg.de/aktivitaeten/elsie-kuehn-leitz-preis/>

60 JAHRE DORTMUND-AMIENS – KUNST AUS AMIENS

Sehr froh sind wir auch darüber, dass es gelungen ist, in Kooperation mit der Stadt Dortmund, das 60. Jubiläum der Städtepartnerschaft Dortmund-Amiens zeitgleich zu organisieren. Ob ein Musiker-Austausch zu diesem Anlass stattfinden wird, ist noch unklar. Erfreulich ist, dass eine Ausstellung der Künstler*innen des »Collec-

tif Le Marronnier« aus Amiens in der BIG Gallery zu sehen sein wird. Dort finden auch die Eröffnung und die inhaltliche Einführung des Kongresses der Deutsch-Französischen Gesellschaften statt. Seit 2010 führen die Künstler*innen der Dortmunder und Amiensener Gruppen diesen intensiven und spannenden Dialog und sa-

gen «wir dürfen nicht vergessen, dass es auch eine Geschichte der Freundschaft ist!». In den letzten 10 Jahren fanden zahlreiche Ausstellungen statt.

In der Gruppen-Ausstellung »Tension!« (Spannung!), die vom 9. Oktober bis zum 6. November in der BIG-Gallery zu sehen sein wird, reagieren die Künstler*innen auf den Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine. In der Beschreibung zur Ausstellung heißt es: «In ihren Arbeiten bieten sie eine Reflexion zwischen Schrecken und Hoffnung an. Sie laden, weit entfernt von Gewissheiten, zum Austausch und Dialog ein.» Und weiter:

«Künstler ändern nicht den Lauf der Geschichte. Sie nehmen an ihr teil. Ihre Sprache ist eine Waffe.» Gezeigt werden Werke der Malerinnen Geneviève Agache und France Dufour, der Maler Lookace Bamber Christian Dupuy, Patrice Roger und Bernard Sodozey, der Grafikerin Virginie Fendler, der Fotografen Michel Gombart und Yazid Medmoun, der Fotografin Lolita Lejeune und des Bildhauers/Zeichners Jean -François Petit Perrin.

Die Dortmunder Gruppe existiert seit 1956. Den Kontakt zu Künstlergruppen im In- und Ausland aufzubauen und zu pflegen, steht ganz oben auf ihre Prioritätenliste. Die Gruppe

pflegt insbesondere die Kontakte mit den Dortmunder Partnerstädten Leeds, Amiens, Zwickau und Novi Sad. Künstler aus diesen Städten waren in Dortmund zu Gast im Rahmen von Ausstellungen im Torhaus, der Rathaus-Galerie, der Galerie des Theaters Fletch Bizzel und in der Big-Gallery, wie jetzt das Collectif "Le Marronnier" aus Amiens. Diese Projekte konnten nur dank der Unterstützung des Kulturbüros der Stadt Dortmund realisiert werden. <https://www.dortmunder-gruppe.de>

Im Portrait: Norbert Schilff

Nicht meckern, machen...!

Norbert Schilff ist wie einer, mit dem man auch gerne mal ein Bier trinken gehen würde. Wenn man denn Bier trinken würde und wenn Corona nicht wäre ... Aber das ist ja nicht, also treffen wir uns auf einen Kaffee. Geht auch.



Und zur Sache kommen wir auch schnell. Denn unser Vizepräsident, der seit 2020 auch Bürgermeister der Stadt Dortmund ist, hat immer viel zu tun. »Ein 30 Stunden-Tag wäre mir schon lieber.« Da bleibt nicht viel Zeit, obwohl er absolut nicht gehetzt wirkt. Im Gegenteil. Er spricht ruhig, sachlich und konzentriert, dem Gegenüber sehr zugewandt. Und noch was fällt auf: Er hört sehr gut zu. Das Gegenüber fühlt sich sehr angenommen und aufgehoben bei ihm.

Im Ehrenamt ist er seit vielen Jahrzehnten zuhause, angefangen hat er als 16-jähriger mit der Deutschen Krebshilfe, beide Eltern sind an Krebs verstorben. Heute sind es 22 Mitgliedschaften. Alles und alle aufzählen sprengt hier den Rahmen. Dennoch gibt es ein paar, die ihm persönlich sehr am Herzen liegen. Da ist der persönliche Bezug einfach die antreibende Kraft. Ein Beispiel ist das Projekt des Kinderhospiz Sonnenherz. Als Vorsitzender des Vereins sorgt er maßgeblich dafür, dass die erforderlichen finanziellen Mittel akquiriert werden.

Seine Mitarbeit bei der Auslandsgesellschaft sieht er aktueller denn je. »Völkerverständigung ist heute das absolut wichtigste Thema.« Gerade die Wirklichkeit mit dem Krieg Putins gegen die Ukraine mache ihn richtig »krank«. Die Verständigung gehe kaputt. »Das kann man so schnell

nicht mehr wiederherstellen. Gerade wir Deutschen haben durch das, was wir einmal angezettelt haben, heute ein massives Interesse am Frieden.« Vor gut einem Jahr noch habe er eine Wette darüber abgeschlossen, dass es keinen Krieg mehr in Europa geben werde.

Leider hat Norbert Schilff diese Wette verloren.

Dieses alles überschattende Thema aber sorgt dafür, dass wir uns anderer Konflikte gar nicht mehr annehmen. »Es gibt so vieles, was momentan untergeht.« Da sei zum Beispiel der Brexit, gerade jetzt ist der Kontakt mit den Menschen sehr wichtig. Wir dürfen den Faden da nicht abreißen lassen.«

Auch die Ungarn, so Schilff, was wissen wir denn schon von ihnen? Auch hier dürfe man den Kontakt nicht abbrechen, auch »wenn es so vieles gibt, was wir von hier aus nicht verstehen. Wir müssen im Gespräch bleiben.«

Überhaupt das Miteinanderreden – das ist sein Ding. Obwohl er eigentlich ursprünglich eher aus einer anderen Ecke kommt. Wer Feuerwehrmann und Brandschutzbeauftragter der DB Netz Ag war, der von der Pike an gelernt hat.

Also einer, dem ich den Spruch »Nicht meckern, machen!« endlich mal so richtig abnehmen kann.

Hobbies hat er auch, der Mann: Garten, Natur, ökologische Schweinezucht. Das letzte Schweinchen aber ist vor über einem Jahr gestorben.

„Völkerverständigung ist heute das absolut wichtigste Thema.“

Wenn er sich aus dem Berufsleben zurückzieht, dann hat er wieder mehr Zeit. Aber dann seien es wahrscheinlich eher Hühner, die bei ihm unterkommen.

Langweilig wird es auch mit denen nicht. 2025, da hat er sich vorgenommen, sich so allmählich zurückzuziehen. Und den Platz den Jüngeren zu überlassen. Aber bis dahin ist er noch sehr gerne Bürgermeister der Stadt und Vizepräsident der Auslandsgesellschaft. Unter anderem.



Marc Frese, Geschäftsführer der Auslandsgesellschaft mit Norbert Schilff

Auslandsgesellschaft bietet kostenlose Beratung für geflüchtete Menschen aus der Ukraine

Auf diesem Gebiet sind wir die Fachleute. Weil wir bereits 2015 Erfahrungen gesammelt haben. Also war es naheliegend, dass die Auslandsgesellschaft ihr »altes« Lotsenprojekt wiederaufleben ließ.

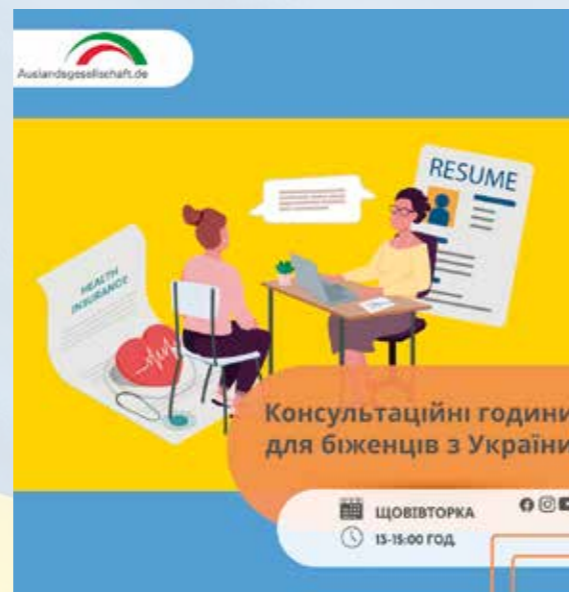
Diesmal nur haben sich die Kundinnen und Kunden verändert bzw. kommen aus einem anderen Land. Diesmal ist es die Ukraine und nicht mehr hauptsächlich Syrien oder Afghanistan.

An der Steinstraße haben wir schnell gehandelt als vornehmlich Frauen mit Ihren Kindern auch vor unserer Tür standen. Kostenlose Sprachkurse sowie ein Serviceheft, das die wichtigsten Anlaufstellen und Infos rund um das Leben in Deutschland und Dortmund erklärt, wurde schnell verfasst und in ganz NRW verteilt.

Hinzugekommen ist dann die Idee des Lotsenprojektes, bei dem den Menschen in der Muttersprache geholfen wird.

Einmal in der Woche stehen zwei Beraterinnen Ivanka Moskaliuk, und Franziska Brachtheuser bereit und unterstützen bei allen Fragen, die die Geflüchteten haben.

Selbstverständlich gibt es diesen Service nicht nur für Teilnehmerinnen und Teilneh-



mer der Kurse in der Auslandsgesellschaft, sondern für alle, die in ganz Dortmund weilen.

Dienstags von 13:00 bis 15:00 in Raum 201 in der Auslandsgesellschaft.de Dortmund findet die Beratung statt.

Am besten, Hilfesuchende vereinbaren vorher einen Gesprächstermin unter der Telefonnummer: +49 (0)231 8380013 während der Sprechzeiten oder per E-Mail: brachthaeuser@auslandsgesellschaft.de

Dauer des Projekts ist bis Ende 2022. Gefördert und finanziert wird es SAP Community-Fund.

Pressefreiheit

Stirbt die Pressefreiheit stirbt die Demokratie

Die Europa-Projektwochen des Europe Direct (ED), des Büros für Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund und des European Journalism Observatory (ejo) hatten diesmal ein besonders wichtiges Thema auf der Agenda. Es ging um nichts geringeres als die Pressefreiheit in Europa.

Die Freiheit der Presse wird in Europa mittlerweile massiv eingeschränkt. Allen voran sind dabei Ungarn (Rang 85 von 180) und Polen (Rang 66 von 180). Aber auch in Deutschland ist die Pressefreiheit um drei Plätze nach unten auf Rang 16 von 180 gesenkt. Den Rang ermittelt die Organisation Reporter ohne Grenzen weltweit Jahr für Jahr.

In Ungarn hat Viktor Orban seit 2010 die Medien unter seine Kontrolle gebracht. Unabhängige Berichterstattung gibt es nur noch über Online-Medien, allerdings mit geringer Reichweite. Mit der Pegasus Software lässt die Regierung mehrere Medienleute überwachen.

Was jetzt in Ungarn passieren wird, wenn das Geld aus Brüssel nicht mehr so fließt, was aus der »unorthodoxen Wirtschaftspolitik« nach der jeder Ungar, der nicht die Opposition wählt, profitiert, wird, bleibt abzuwarten.

In Polen hat die konservative Regierung die Medien zielstrebig zu ihrem Sprachrohr werden lassen. Mit der Repolonisierung werden ausländische Investoren vom Medienmarkt gefegt und regierungsnahen Journalisten eingesetzt.



In Deutschland gibt es v.a. folgende Gründe für die Entwicklung: abnehmende Medienvielfalt sowie die Gewalt bei den Demonstrationen sowie der mangelnde Schutz von Journalistinnen und Journalisten und ihrer Quellen bei der Cybersicherheitsstrategie.

Weltweit wird die Lage der Pressefreiheit von Krisen, Kriegen und Gewalt bestimmt.

Sehr ernst ist die Lage der Pressefreiheit in 28 Ländern.

Drei Veranstaltungen zum Thema haben stattgefunden:

1. AM KIOSK IN GANZ EUROPA – HERAUSFORDERUNG EUROPÄISCHE MEDIENÖFFENTLICHKEIT

8. Juni 2022 | 19 h | digital

Mit dabei:

Elisa Simantke, Journalistin + Geschäftsführerin des europäischen Rechercheverbundes Investigate Europe

Oliver Noyan, Leitender Redakteur Deutschland beim Europapolitik-Medium EURACTIV

Moritz Hergl, Redaktionsleiter des mehrsprachigen Webmagazins treffpunkteuropa.de

Moderation: Nora Varga



Wir haben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein paar Fragen gestellt – hier Auszüge aus ihren Antworten:

Elisa Simantke:

»Es gibt DIE europäische Perspektive nicht, denn viel zu oft wird dies mit einer Brüssler Perspektive verwechselt, die sich stark an der Agenda der Institutionen und einer sehr kleinen politischen und intellektuellen Zielgruppe orientiert. Eine echte europäische Perspektive kann meinem Verständnis nach nur aus einem Puzzle der verschiedenen nationalen Perspektiven entstehen. Wir können uns als Journalisten dabei an verbindenden Fakten orientieren, müssen aber akzeptieren, dass diese unterschiedlich gewichtet und interpretiert werden. Das ist es, was wir bei Investigate Europe versuchen: wir recherchieren ein Thema gemeinsam, einigen uns auf die wichtigsten gemeinsamen Ergebnisse und schreiben doch am Ende viele verschiedene Versionen derselben Recherche in unterschiedlichen Sprachen und Kontexten. Das ist meiner Meinung nach die einzige Chance eine echte europäische Zielgruppe zu erreichen. Die "Ein Text für alle"-Lösung holt am Ende niemanden wirklich ab.

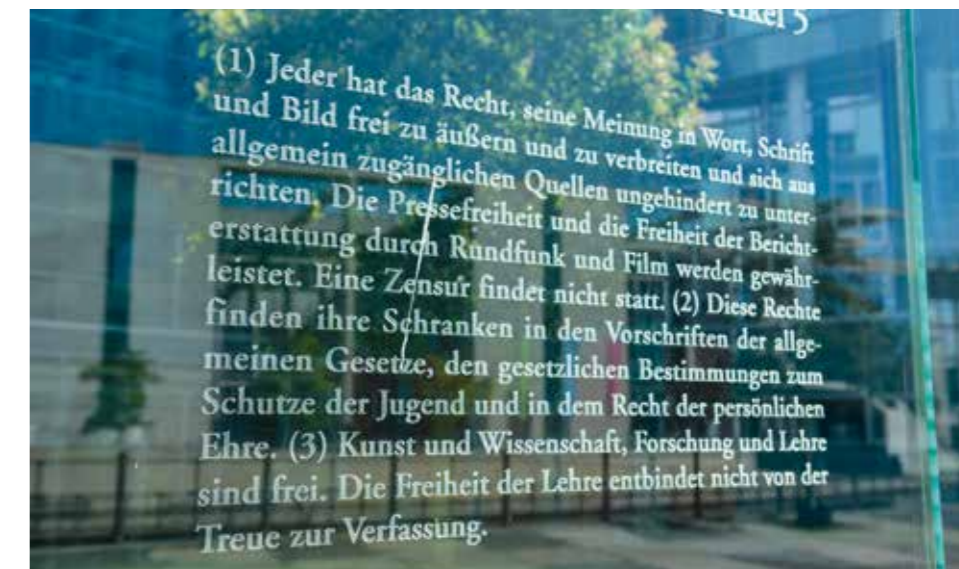
Oliver Noyan:

»Wenn man sich die öffentlichen Debatten in verschiedenen europäischen Ländern anschaut, fällt schnell auf, dass europäische Themen oft noch durch die nationale Brille gefiltert werden. Warum bleibt es so schwer, eine europäische Medienöffentlichkeit herzustellen?

Das hat natürlich mehrere Gründe. Einerseits bilden die verschiedenen Sprachen der EU immer noch Barrieren. Gleichzeitig sind viele der EU-Themen auch nach wie vor sehr technisch aufbereitet, was es nicht nur für Allgemeinbürger, sondern auch für Journalisten selbst oft nicht gerade einfach macht, ihnen zu folgen.

Gleichzeitig handelt es sich aber auch um einen Prozess. Die nationalen Medienlandschaften sind über Jahrzehnte langsam gewachsen. Die EU wurde ja lange mit regulatorischen Themen in Verbindung gebracht, die wenig politische Brisanz mit sich brachten und sich deshalb eher schlecht in die Medienlogik einbetten ließen – denn wer will schon über neue Vorgaben zu beispielsweise Staubsaugern lesen.

Ich denke aber, dass sich hier seit der Euro-Krise ein gewisser Wandel in der Wahrnehmung der EU abzeichnet. Denn die mediale Präsenz und die Bedeutung der EU wächst in Krisenzeiten. Ich glaube, dass es hier eine positive Entwicklung gibt. Denn die Europäische Kommission wird zu-



sehends als wichtiger Akteur wahrgenommen – wie man derzeit ja auch in Bezug auf die Sanktionen gegen Russland sieht.

Ist eine gemeinsame europäische Medienöffentlichkeit mit den verschiedenen Sprachen Europas überhaupt möglich?

Ich denke, eine europäische Öffentlichkeit ist durchaus möglich. Grundsätzlich sehe ich da zwei Optionen.

Einerseits, dass EU-Themen verstärkt durch nationale Medien thematisiert werden. Gerade in Deutschland ist dieser Prozess im Vergleich zu anderen Staaten schon relativ weit fortgeschritten. Allerdings gibt es hier einerseits die Gefahr, dass EU-Themen rein durch die nationale Linse betrachtet werden, während andererseits auch eine gewisse Zersplitterung der EU-Berichterstattung zwischen den Mitgliedsstaaten auftritt.

Eine zweite Möglichkeit sind paneuropäische Mediennetzwerke. So könn-

ten nationale Medien ihre Zusammenarbeit mit Medien im europäischen Ausland verstärken und dadurch eine transnationale Ebene zu ihrer Berichterstattung hinzufügen.

Wie versuchen Sie journalistisch über europäische Grenzen hinweg zu arbeiten?

Das funktioniert bei EURACTIV vor allem über unser Network. Wir haben nationale Zweigniederlassungen in fast allen europäischen Hauptstädten, die jeweils in ihrer Landessprache über EU-Entwicklungen berichten.



Einmal die Woche haben wir hier ein redaktionelles Treffen, bei dem wir uns die jeweiligen, für die EU-Ebene relevanten Entwicklungen austauschen und einen gemeinsamen Redaktionsplan erstellen.

Zusätzlich besteht auch immer die Möglichkeit, sich bei etwaigen Fragen direkt an den jeweiligen Journalisten in einem der Mitgliedsstaaten zu wenden.

Fragen an Moritz Hergl:

Wenn man sich die öffentlichen Debatten in verschiedenen europäischen Ländern anschaut, fällt schnell auf, dass europäische Themen oft noch durch die nationale Brille gefiltert werden. Warum bleibt es so schwer, eine europäische Medienöffentlichkeit herzustellen?

Moritz Hergl:

»Eine europäische Medienöffentlichkeit kommt einem gemeinsamen Debattenraum gleich, in dem Menschen, seien sie aus Rumänien, Portugal oder Deutschland, regelmäßig miteinander in den Dialog treten, um über politische Entscheidungen in Europa zu diskutieren. Für das Gelingen eines föderalen Europas wäre diese Form der gemeinsamen Meinungsbildung elementar. Allerdings stehen einer europäischen Medienöffentlichkeit einige Hindernisse im Weg:

Neben praktischen Problemen, wie Sprachbarrieren, räumlicher Distanz und nationalen Medienhäu-

sern, tragen auch Politiker*innen und Journalist*innen selbst zu einer Nationalisierung von Debatten bei. Für Politiker*innen ist es oft einfacher, sich auf nationaler oder lokaler Ebene für eine gewisse Politik einzusetzen, da hier ihre Wählerbasis ist. Außerdem werden in Brüssel immer noch zu viele Entscheidungen in Hinterzimmern verhandelt, was breite gesellschaftliche Debatten nicht gerade begünstigt. Andererseits scheint es manchmal, dass Journalist*innen selbst, sich auf nationale Debatten stürzten, und EU-Politik oft nur als Randnotiz behandelten. Dadurch entsteht ein Narrativ der Distanz zwischen Bürger*innen und europäischen Amtsträger*innen, das für eine europäische Medienöffentlichkeit das größte Hindernis ist.

Ist eine gemeinsame europäische Medienöffentlichkeit mit den verschiedenen Sprachen Europas überhaupt möglich?

Moritz Hergl:

Mit treffpunkteuropa.de und unseren sieben anderen Sprachversionen zeigen wir jeden Tag, wie es gehen kann: unsere Artikel sind in acht verschiedenen Sprachen abrufbar. Unsere Sprachenvielfalt ist ein wichtiger Bestandteil unserer europäischen Kultur, doch das bedeutet nicht, dass eine europäische Öffentlichkeit an dieser Diversität scheitert. Im Gegenteil, über 90 % der Europäer*innen sprechen neben der Muttersprache mindestens noch eine weitere Fremdsprache. Und vor allem in meiner Generation kommt man mit Englisch in fast jedem EU-Land durch. Sprachen-

vielfalt ist eine geringere Barriere, als nationale Denkmuster, die unsere Debatten zu Themen der EU verzerren und uns in nationale Bubbles trennen.

Wie versuchen Sie journalistisch über europäische Grenzen hinweg zu arbeiten?

Moritz Hergl:

Treffpunkteuropa.de ist das Online Magazin der Jungen Europäischen Föderalisten. Der Verband ist europaweit aktiv. Basierend auf diesem Netzwerk ist eine journalistische Community entstanden, die jungen Menschen die Möglichkeit bietet, eigene erste Erfahrungen im Schreiben und Veröffentlichen von Artikeln zu sammeln. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung eines europäischen Medienraums, denn unser Ziel ist die Verbreitung über Grenzen hinweg. Beispielsweise kümmern wir uns um Übersetzungen von Beiträgen unserer Partnermagazine, damit die Ideen von jungen Menschen aus Italien, Polen oder Frankreich auch in Deutschland gelesen werden.

2. PRESSEFREIHEIT IN EUROPA UND VOR DER EIGENEN HAUSTÜR?

14. Juni 2022 | 19 h

Tina Bettels-Schwabbauer, Dozentin u.a. für Pressefreiheit (Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa) am Institut für Journalistik

Christan Gerstenberger, Leiter Lokalredaktion Dortmund Ruhr Nachrichten

Alexander Völkel, Redaktionsleiter nordstadtblogger.de

Moderation: Ralph Sina, ehem. EU-Korrespondent und ehem. Leiter des WDR/NDR Studios in Brüssel

Fragen an Alex Völkel und Christian Gerstenberger:

In der weltweiten Rangliste der Medienfreiheit von »Reporter ohne Grenzen« ist Deutschland weiter abgerutscht und liegt nun nur noch auf Platz 16 – hinter vielen anderen europäischen Ländern. Beobachten Sie diese Entwicklung auch? In welche Richtung hat sich die Situation der Pressefreiheit hier vor Ort in den vergangenen Jahren entwickelt?

Alex Völkel: »Die Problematik hat sich verschärft – auf verschiedenen Ebenen. So ist die »Auskunftsbereitschaft« von Ämtern, Behörden und Parteien rückläufig. Die Pressearbeit wird reduziert, stattdessen möchte man lieber selbst direkt mit den Zielgruppen via Social Media kommunizieren. Das ist dann auch leichter, weil man nicht mit unangenehmen

Fragen der Presse konfrontiert wird. Zudem nehmen die Bedrohungen zu – digital wie analog. Das kann auf Demonstrationen sein, aber auch in der digitalen Welt. Zudem gibt es zunehmend die Strategie, Medien durch (angedrohte) Klagen mundtot zu machen.

Christian Gerstenberger: »Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen zwei Jahren eine Spaltung der Gesellschaft offensichtlich gemacht und sicher auch verstärkt. Als Medienschaffende spüren wir anhand von Reaktionen etwa auf Social-Media-Postings oder auch anhand von Leserzuschriften: Die Zahl der Menschen steigt, die etablierte Medien als Informationsquellen ablehnen, oft, weil die Information nicht dem eigenen Weltbild entspricht. Stattdessen findet die »Informations«-Beschaffung in obskuren Echokammern im Netz statt. Die Algorithmen vieler Anbieter sind darauf ausgerichtet, Beiträge zu bevorzugen, die die eigene Meinung verstärken, alles andere wird ausgeblendet. An solche Menschen kommen wir kaum noch heran, die Zahl der faktisch Uninformierten wächst. Diese Form der Radikalisierung hat auch Auswirkungen auf den Alltag: Insbesondere bei Demonstrationen der Coronaschutzgegner (sogenannte selbsternannte »Querdenker«) haben unsere Reporter immer wieder Anfeindungen und Behinderungen bei der Arbeit erlebt, was Recherchen erschwert – und müde macht.

Wodurch wird die Freiheit der Presse hierzulande am meisten bedroht?

Alex Völkel: »Durch die Querdenker und Verschwörungsideologen – sie sind eine reale Gefahr auf jeder Kundgebung. Die Bedrohungen, Angriffe und Beleidigungen haben zugenommen.

Christian Gerstenberger: »Die größte Bedrohung für die Pressefreiheit ist die ablehnende Haltung gegenüber Informationen, die nicht zur eigenen Weltsicht passen, und die damit einhergehende Radikalisierung bestimmter Gruppen gegenüber Journalisten. Wer eingeschüchtert wird, kann nicht frei berichten.

Was können wir tun, um den Stellenwert der freien Berichterstattung in der Gesellschaft zu stärken?

Alex Völkel: »Wir brauchen wieder ein besseres Verständnis für die Rollen von Medien als vierte Gewalt. Doch dazu braucht es unabhängige Medien. Die Förderung von gemeinnützigem Journalismus wäre eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern.



Christian Gerstenberger: »Zur Stärkung der freien Berichterstattung braucht es ein konsequentes Vorgehen gegen jegliche Einschüchterungsversuche und ein klares Bekenntnis von Politik und gesellschaftlichen Institutionen zur Freiheit der Presse. Dazu gehört auch, Journalistinnen und Journalisten umfassend Auskunft zu geben und sie in ihrer Arbeit bestmöglich zu unterstützen.

3. LESS FREEDOM WITHOUT PRESS FREEDOM – PERSPECTIVES FROM POLAND AN HUNGARY

20. Juni | 19 h | Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen:

Dr. Gabor Polyák, Prof. Inst. für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Pécs (Ungarn)

Adam Szynol, Doz. et Institut für Journalismus und soziale Kommunikation an der Universität Breslau (Polen)

Isabella Kurkowski, Expertin für intrn. Medienentwicklung und Dozentin am Erich Brost Institut für Intern. Journalismus an der TU Dortmund

Pressefreiheit in Europa unter Druck – zur Lage in Ungarn und Polen

von Tina Bettels-Schwabbauer, Michał Kuś, Gábor Polyák

In diesem Jahr zeigt die Weltkarte von »Reporter ohne Grenzen« nur wenige weiße Flecken. Die Nichtregierungsorganisation veröffentlicht jedes Jahr eine Rangliste der Pressefreiheit, auf deren Daten auch ihre Karte basiert. Nur in den weiß eingefärbten Ländern – 12 von 180 – können Journalistinnen und Journalisten gut bzw. optimal arbeiten. Die anderen Länder sind gelb (»zufriedenstellend«), orange (»erkennbare Probleme«), rot (»die Lage ist schwierig«) oder schwarz (»die Lage ist sehr ernst«). Deutschland ist auf dem 13. Platz und hat somit seine Farbe von weiß zu gelb gewechselt. Ein wesentlicher Grund für den Abstieg im Ranking: Mindestens 65 gewalttätige Angriffe gegen Medienschaffende, vor allem bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen.

Das Ranking zeigt aber auch, dass fast alle Länder Verlierer sind. Die Pressefreiheit gehört zu den demokratischen Grundwerten der EU. In manchen Mitgliedsländern aber ist sie zunehmend gefährdet, im vergangenen Jahr hat dabei auch die Corona-Pandemie eine große Rolle gespielt, die von vielen Regierungen missbraucht wurde, um freie Berichterstattung einzuschränken.

In vielen EU-Staaten ist die Pressefreiheit aber bereits seit einigen Jahren in Gefahr, vor allem in Ungarn und Polen. In Ungarn befindet sich die Pressefreiheit, seitdem Viktor Orbán 2010 erneut an die Macht kam, im freien Fall. Während sich Ungarn im Jahr 2010 in der Rangliste der Pressefreiheit noch auf Rang 24 befand, belegt das Land im aktuellen Ranking nur noch Platz 89. In Polen regiert seit 2015 die PiS-Partei (»Recht und Gerechtigkeit«) – seitdem ist das Land vom 18. auf den 62. Platz abgestiegen. Im Folgenden stellen wir einige Entwicklungen exemplarisch vor.

UNGARN: ORBÁN-MACHT GIBT IMMER MEHR ANLASS ZUR SORGE

Schritt für Schritt hat die Medienpolitik unter der Regierungspartei Fidesz ein Medienumfeld geschaffen, in dem regierungsfreundliche Medien unbegrenzten Zugang zu Marktressourcen und Informationen haben, ihre Expansion durch die Entscheidungen der Medienbehörde unterstützt wird und in dem eine strenge Kontrolle über

den öffentlichen Diskurs ausgeübt wird.

Vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Ungarn hat sich, seitdem Viktor Orbáns Fidesz-Partei 2010 erneut an die Macht kam, zu einem stark zentralisierten System entwickelt, das viel Raum für politische Einflussnahme lässt. So kam zum Beispiel während des Wahlkampfs 2018 der OSZE-Wahlbeobachter zu dem Schluss, dass »der öffentlich-rechtliche Rundfunk (...) die Anti-Migrations-Rhetorik verstärkte«. Außerdem, so hieß es, »zeigte der öffentlich-rechtliche Sender in seiner redaktionellen Berichterstattung auf M1 eine Voreingenommenheit zugunsten der Regierungskoalition und der Regierung, die 61 Prozent der Nachrichtenberichterstattung erhielt. Über 90 Prozent davon waren im Ton positiv, während die Berichterstattung über die Opposition in 82 Prozent der Nachrichten im Ton negativ war«.

Im Jahr 2020 veröffentlichte das ungarischsprachige Nachrichtenportal von Radio Free Europe eine Tonaufnahme über eine interne Redaktionssitzung, in der der Chefredakteur des ungarischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks seinen Kollegen mitteilte, dass die Öffentlich-Rechtlichen die Opposition nicht unterstützen und dass jeder, dem das nicht gefällt, sofort seine Kündigung einreichen sollte. Die Veröffentlichung der Tonaufnahme hat zu keinerlei Konsequenzen geführt, und der betreffende Redakteur ist einer der einflussreichsten Leiter der staatlichen Medien geblieben.

Vom ungarischen Medienrat ist keine Schützenhilfe zu erwarten. Das Parlament hatte erst im Dezember 2019 erneut nur Fidesz-Kandidaten für weitere neun Jahre in den Rat gewählt, darunter einen früheren Europaparlament-Abgeordneten und einen ehemaligen Kommunikationsdirektor der Fidesz-Partei sowie einen persönlichen Sekretär des Fidesz-Parlamentspräsidenten – das vierte gewählte Mitglied hat keine medienbezogene Erfahrung. Durch eine Verfassungsänderung war der ungarische Medienrat

” Vom ungarischen Medienrat ist keine Schützenhilfe zu erwarten.

2011 mit weitreichenden Kompetenzen zur »Kontrolle« sämtlicher in Ungarn verfügbarer Medien ausgestattet worden – so obliegt es dieser Behörde auch, Medienbeiträge auf »politische Ausgewogenheit« zu prüfen.

Im Jahr 2020 wurde schließlich auch das Nachrichtenportal Index.hu von Geschäftsleuten übernommen, die der Regierungspartei Fidesz nahestehen. Index.hu war das meistgelesene ungarische Nachrichtenportal und erreichte mit seinem breit gefächerten Angebot nicht nur Oppositions-, sondern auch Pro-Regierungswähler. Sein Eigentümerhintergrund war schon seit Anfang der 2010er Jahre ein Grund zur Sorge, denn die Besitzer kamen aus Fidesz-Wirtschaftskreisen. Die Unabhängigkeit der Redaktion aber wurde bewahrt – was sich mit

dem Beitritt von Miklós Vaszily zum Eigentümerkreis änderte. Vaszily hatte zuvor die staatlichen Medien und den Fidesz-nahen Sender TV2 geleitet und war bereits bei der Fidesz-Übernahme eines anderen großen Nachrichtenportals, Origo.hu, eine Schlüsselfigur.

Im Sommer 2020 machte die Redaktion von Index öffentlich, dass ihre Unabhängigkeit bedroht sei. Der Chefredakteur wurde daraufhin entlassen, woraufhin die gesamte Redaktion aus Protest und Loyalität Index verließ. Nach dem Eigentümerwechsel stellte sich die Redaktion neu auf und das Nachrichtenportal wurde zu einem unkritischen Übermittler von Regierungsbotschaften. Im Herbst 2020 starteten ehemalige Nachrichtenjournalisten von Index ein neues Nachrichtenportal unter dem Namen Telex.hu. Telex will sich hauptsächlich durch Spenden finanzieren und hat sich schnell zu einem der beliebtesten Nachrichtenportale entwickelt.

Ein weiteres wichtiges Instrument der illiberalen Medienpolitik ist der Eingriff in den Werbemarkt. Aufgrund der Finanzkrise von 2008 war der ungarische Werbemarkt erheblich geschrumpft. Öffentliche Werbung – Werbung von staatlichen Stellen und öffentlichen Unternehmen – wurde damit bedeutender. Diese machte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2019 26 % und in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 32 % der gesamten Werbeausgaben aus, so eine Analyse von G7 Newsportal. Nach einer Analyse von Mertek Media Monitor gingen 86 Prozent der staatlichen Werbeausgaben im Jahr 2020 an Fidesz-nahe Medienunterneh-

men. Die Macht großer Werbebudgets liegt auf der Hand: Sie ermöglichen es, die finanzielle Überlebensfähigkeit von Medienprodukten zu sichern, die sonst am Markt nicht bestehen könnten. Darüber hinaus dienen die staatlichen Anzeigen einem zweiten Zweck: Sie vermitteln anderen Werbetreibenden die wichtige Botschaft, welche Akteure auf dem Medienmarkt von der Regierung »bevorzugt« werden. Die Auswahlkriterien sind weder geregelt noch werden sie irgendwo veröffentlicht.

Auch die Corona-Pandemie hat für die Behinderung der Arbeit von Journalisten durch die Regierung gesorgt. Die Änderung des Strafgesetzbuches im Frühjahr 2020, die angeblich der Bekämpfung von Desinformation dienen sollte, erregte international große Aufmerksamkeit: Wer »Falschnachrichten« über das Coronavirus und über die Maßnahmen, die zu seiner Eindämmung vorgesehen sind, verbreitet, begeht eine Straftat. Das Gesetz wurde zwar nicht auf Journalisten angewandt, aber dafür genutzt, um gegen regierungskritische Beiträge von Facebook-Nutzern polizeilich vorzugehen und damit Bürger, die ihre Meinung äußern wollen, zu entmutigen. Darüber hinaus schreckte es auch Wissenschaftler und Ärzte, ab, Journalisten überhaupt erst Informationen zu geben. Die einzige Informationsquelle für Medienschaffende war die tägliche Pressekonferenz des »Operationalen Stabes«, für den Journalisten ausschließlich online Fragen einreichen konnten. Ein intransparenter Auswahlprozess der Fragen führte



dazu, dass unabhängige Medien abermals diskriminiert wurden.

Die ungarische Medienpolitik seit 2010 zeigt deutlich, wie ohne Zensur im traditionellen Sinne und ohne physische Gewalt gegen Journalisten das Mediensystem und die öffentliche Kommunikation so tiefgreifend umgestaltet werden können, dass die Botschaften der Regierung und der Regierungspartei für die große Mehrheit der Wähler zur dominanten Interpretation der Realität werden.

POLEN: IMMER MEHR MEDIEN IN DEN FÄNGEN DER REGIERUNGSPARTEI

Seitdem die rechtskonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit) in Polen an

der Macht ist, haben zahlreiche westliche Medien und Experten die Sorge geäußert, dass sich das Land politisch und in Bezug auf die Pressefreiheit zu einem »zweiten Ungarn« entwickeln könnte.

Wie berechtigt sind diese Sorgen? Ist die Situation in Polen so schlecht, wie sie in den liberalen Medien Westeuropas dargestellt wird? Oder ist die Sorge übertrieben – und Polen wird nur durch eine andere Brille gesehen als andere EU-Mitgliedsstaaten?

Bis zu einem gewissen Grad scheinen die Antworten auf der Hand zu liegen. Während das mitteleuropäische Land sich im Jahr 2015 noch auf dem 18. Platz (von 180 Ländern) befand,

belegt es mittlerweile im aktuellen Ranking nur noch Rang 62.

Die vollständige und beispiellose staatliche Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks TVP, die 2016 durch eine Gesetzänderung durchgesetzt wurde, und die kürzliche Übernahme des Polen-Geschäfts der Verlagsgruppe Passau (Polska Press) mit 20 Regionalzeitungen, 300 Wochentiteln und 500 Internetportalen durch den staatlichen Ölkonzern Orlen sind sichtbare Zeichen dafür, dass die PiS-Partei so viele Medienorganisationen wie möglich überwachen möchte.

Auf der anderen Seite aber gibt es noch immer eine beträchtliche Anzahl relevanter Medien, die (fast) jeden Schritt der Regierungspartei heftig kritisieren, darunter die Tageszeitung Gazeta Wyborcza und der führende private Fernsehsender TVN.

Darüber hinaus sind die Einschaltquoten des öffentlich-rechtlichen Radios und auch teilweise des öffentlich-rechtlichen Fernsehens so niedrig wie nie zuvor – und auch die Zahl der Leser und Nutzer der Zeitungen und Websites, die zuvor im Besitz der Verlagsgruppe Passau waren, sank unmittelbar nach der Übernahme durch den Orlen-Konzern erheblich.

Das »Immunsystem«/Abwehrsystem der polnischen Gesellschaft ist also noch aktiv und sie lässt sich die Dominanz der Politik über die Medien nicht einfach gefallen.

Dennoch fällt es schwer, eine optimistische Prognose für die Pressefreiheit in Polen in den nächsten fünf bis zehn Jahren abzugeben.

Zwar ist das Ende der PiS-Regierungszeit nur eine Frage der Zeit – dabei wird es sich aber eher um einen längeren als einen kürzeren Zeitraum handeln. Die Regierungspartei wird noch genügend Zeit haben, um langfristige Strategien zur Kontrolle über die Medien zu implementieren, wobei große staatliche Unternehmen wie Orlen sicherlich eine entscheidende Rolle spielen, indem sie zur Schaffung einer neuen, konservativen Medienelite und zur Neuausrichtung des Kapitals beitragen.

Darüber hinaus lässt sich in Polen – wie in anderen Ländern auch – ein Mangel an nachhaltigen Geschäftsmodellen beobachten, der die privaten Medien schwächt und sie angreifbar macht.

Ausländische Investoren könnten dem Beispiel der Verlagsgruppe Passau folgen und ihre polnischen Anteile an staatliche Unternehmen verkaufen, die in der Lage sind, mehr zu zahlen als andere. Das gleiche Schicksal könnte auch bereits angeschlagene polnische Privateigentümer von überregionalen und regionalen Medien ereilen.

Andere private Eigentümer könnten beschließen, die Entwicklung ihres Geschäfts nicht weiter voranzutreiben oder den Umfang ihrer Tätigkeiten einschränken. Der jüngste Konflikt zwischen der Nachrichtenredaktion der Tageszeitung Gazeta Wyborcza und Agora, dem Unternehmen, dem die Zeitung gehört, ist ein sehr gu-

tes Beispiel für diesen Trend. Agora plant, die Online-Aktivitäten der Tageszeitung und seines Infotainment-Portals gazeta.pl zusammenzulegen und wirft der Redaktion der Gazeta Wyborcza vor, »das Internet nicht zu verstehen« und bei der Monetarisierung von Online-Inhalten ineffizient zu sein. Selbst mehr als 200.000 Bezahl-Abos scheinen nicht genug zu sein, um die Gazeta Wyborcza profitabel zu machen.

Der traditionelle privatwirtschaftlich organisierte Mediensektor wird den Medienmarkt und die Pressefreiheit in Polen also eher nicht retten können. Das Umfeld der unabhängigen Online-Medien aber bietet vorsichtigen Anlass zum – vorsichtigen – Optimismus. So liefern einige Medienorganisationen, die alternative, meist auf Spenden basierende Geschäftsmodelle umsetzen, vielversprechende Ergebnisse, darunter die investigative Plattform OKO.press und zwei neue Online-Radiosender, die von ehemaligen Journalisten des öffentlich-rechtlichen Radios aufgebaut wurden, die mit dem Machtantritt der PiS-Partei

beim öffentlichen Rundfunk entlassen worden waren.

Solche Medienorganisationen, die weder vom Staat noch von Werbung abhängig sind, können potenziell zur Stärkung des Medienpluralismus beitragen. Andererseits schafft eine 100-prozentige Abhängigkeit von Spenden auch langfristige Unsicherheiten.

Die polnische Medienlandschaft ist extrem polarisiert – was zwar bedeutet, dass es noch Pluralismus auf dem Markt gibt, doch hat dieser seinen Preis. Es besteht kein Zweifel, dass die Medien in Polen (sowie in anderen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten) in einen ideologischen Kampf zwischen konservativen und progressiven Narrativen verwickelt wurden. Die Auswirkungen der sozialen und politischen Spaltung werden in Polen sicherlich noch lange zu spüren sein.

Das European Journalism Observatory (EJO)

Das European Journalism Observatory (EJO) ist ein Netzwerk von 13 unabhängigen, gemeinnützigen Medienforschungsinstituten in 11 Ländern (Albanien, Deutschland, Großbritannien, Lettland, Polen, Portugal, Schweiz, Spanien, Tschechien, Ukraine und Ungarn). Zum einen beobachtet es Trends und Entwicklungen im Journalismus und in der Medienbranche, zum anderen bereitet es Forschungsergebnisse aus der Medienforschung verständlich auf und möchte so dazu beitragen, die Kluft zwischen Forschung und Pra-



xis zu verringern. Indem es seine Texte und Analysen mehrsprachig aufbereitet, überwindet es sprachliche und kulturelle Barrieren.

Die deutsche EJO-Webseite (de.ejo-online.eu) ist am Institut für Journalistik der TU Dortmund angesiedelt.

Die Anknüpfungspunkte der Auslandsgesellschaft an Amerika sind vielfältig!



Auf dem Bild (v.l.): Klaus Wegener (Präsident der Auslandsgesellschaft.de), Pauline Kao (US-Generalkonsulin für Nordrhein-Westfalen), Marc Frese (Geschäftsführer Auslandsgesellschaft.de), Martin van der Pütten (Stadt Dortmund).

Der Buffalo Austausch seit fast 40 Jahren, das umfangreiche Programm der Deutsch-Amerikanischen-Gesellschaft und zuletzt die Teilnahme am Ruhrfellowship-Programm, in dessen Rahmen die Auslandsgesellschaft einen Praktikumsplatz zur Verfügung stellte.

Über all diese Ansätze und darüber hinaus tauschten sich Vertreter der Auslandsgesellschaft heute mit der US-Generalkonsulin für Nordrhein-Westfalen, Pauline Kao, im Rahmen ihres Besuchs in der Steinstrasse aus.

Wir freuen uns auf weitere Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten.

Praktikantin Maura Campbell aus den USA zwei Monate zu Gast

Maura Campbell (20, Foto) ist im Rahmen des Ruhr Fellowship Programms zwei Monate bei der Netzwerkstelle Städtepartnerschaften der Auslandsgesellschaft aktiv. Das Praktikum ermöglicht die Allianz der Universitäten Bochum, Duisburg-Essen und Dortmund. Sponsoren und Unternehmen geben 20 Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, das Ruhrgebiet mit all seinen wirtschaftlichen, akademischen und kulturellen Aspekten kennen zu lernen.

Maura wollte unbedingt noch einmal nach Deutschland. Es gab nach 2019 – da war sie schon einmal in Kirchroth – als Austauschschülerin, für sie hier bei uns so viel Kultur und Sprache und Kaffee zu entdecken, dass



sie 2022 das Land und die Menschen noch einmal erleben wollte.

Ihre Papiere versprachen eine interessante Persönlichkeit. So steht in einem Referenz-

schreiben: »She consistently demonstrates her outstanding abilities and is always willing to go the extra mile.«

Das war vielversprechend.

Zwischen Deutschen und Amerikanern ist ihr etwas besonders Unterschiedliches aufgefallen: Nach ihrem Eindruck wägen die Deutschen viel mehr ab, sie bevorzugen häufig mehr Distanz. Und die Amerikaner? Ja, die sind das Gegenteil davon: Sie schließen jeden

gleich in die Arme und machen einfach, statt zu viel zu grübeln.

Es war spannend mit Maura. Ende Juli hat sie uns wieder verlassen und verfolgt in den USA weiterhin ihre Militär-Laufbahn, ihr Rang ist der Reserveoffizierin. Später einmal da will sie zur Einwanderungspolizei.

Maura, wir wünschen dir weiterhin alles Gute auf deinem Weg!

Netzwerkstelle Städtepartnerschaften

Die Netzwerkstelle Städtepartnerschaften der Auslandsgesellschaft arbeitet seit 2021, jetzt läuft Ende des Jahres der Vertrag mit der Staatskanzlei NRW aus.

Aber das bedeutet nicht, dass die Aufgaben, die sie bewältigt, aufhören zu existieren. Im Gegenteil: Gerade in Zeiten, in denen in Europa wieder ein Krieg wütet, ist es existentiell den Kontakt über alle Grenzen hinweg aufrecht zu erhalten.

Es sind einige Städte und Gemeinden – die über ihre Partnerschaften mit Polen – der Ukraine helfen. Da ist der Transport von Hilfsgütern genauso wichtig wie die Aufnahme Geflüchteter bis hin zu den Vorbereitungen des künftigen Wiederaufbaus.

Städtepartnerschaften sind nach Ende des Zweiten Weltkriegs genau die richtige Antwort gewesen auf das, was zuvor die Nationen und Kulturen entzweit hatte. Es waren große Teile der Alliierten, die weit vor der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das neue Miteinander Europas initiierten.

Das stellt die Frage, ob die Beispiele nicht auch für die Verankerung der Ukraine in Europa wegweisend sein können. Zurzeit sind es 75 Kommunen in Deutschland, 7 in NRW, die Partnerschaften mit der Ukraine unterhalten. Einige Beispiele: Leipzig und München mit Kiew oder Bochum mit Donezk.

Die Partnerschaften mit Russland ruhen zurzeit in den meisten Städten, aufgegeben werden sie nicht. »Ich rate dringend davon ab, Städtepartnerschaften zu russischen Städten jetzt zu beenden« so Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster.

Längst sind die Städtepartnerschaften nicht mehr die einzige Chance andere Länder und vor allem die Menschen anderer Länder kennen zu lernen. In Zeiten, in denen jeder zu meist für ein kleines Budget überall hinfliegen kann, haben die Städtepartnerschaften dieses Alleinstellungsmerkmal verloren. Die Partnerschaften aber werden wiederentdeckt. Die Städte nutzen sie zur Integration der eigenen Stadtgesellschaft und regional und international als Stärkung des eigenen Standortes.

Nino Haratischwili: Das mangelnde Licht

Ein Buch mit Spannung erwartet und mit großer (Lese-)lust gelesen. Das ist Nino Haratischwilis Roman »Das mangelnde Licht«. Und eins direkt vorweg: Das Lesen des 5. Buches von Haratischwili ist ebenso wie ihre anderen Bücher – ein tiefgehender Lese Genuss.

Und es beschleicht einen beim Lesen auch das ständige Gefühl mitten drin zu sein, in dem was gerade direkt vor unserer Haustür mitten in Europa passiert: Wir erleben eine Jugend mitten im Krieg. Das Land im Buch ist zwar nicht die Ukraine, aber Georgien. Aber für die jungen Leute, die den Krieg erleben müssen, ist das unwichtig. Wahrscheinlich ist Krieg fast überall gleich und unterscheidet sich nur in Nuancen.

Haratischwili erzählt das Leben von drei jungen Frauen, die sich in einer Galerie in Brüssel treffen. Anlass ist die Fotoausstellung ihrer Freundin Dina Pirwell, deren Geschichte auch erzählt wird, die aber zu der Zeit der Ausstellung nicht mehr lebt. Nene ist ihre Jugendfreundin, die beiden anderen heißen Ira (die Gewissenhafte) und Keto (die Empfindsame). In der Galerie treffen sie sich nach vielen Jahren wieder. Und erleben ihre eigene Geschichte noch einmal. Die spielt in Georgien der Neunzigerjahre. Und ist geprägt vom Krieg und seinen Verlusten.

1991 – das war das Jahr als sich Georgien unabhängig erklärt hat und die Sowjetunion zerfallen ist.

Nino Haratischwili ist bekannt als Dramatikerin und Schriftstellerin. Irgendwann hat sie angefangen sich mit ihrer Heimat in den späten Achtziger- und Neunzigerjahren auseinanderzusetzen. Dabei hat sie dann ganz tief in der Geschichte gegraben. Ihr Epos »Das achte Leben. Für Brilka« verwebt die Figuren der dargestellten Familie mit den Ereignissen der europäischen Geschichte. Alles beginnt am Vorabend des 1. Weltkrieges und endet zu Beginn des Millenniums. Das Buch ist mit 1300 Seiten ein richtiger Wälzer, aber die Schriftstellerin ist eine begnadete Erzählerin, die Sprache lebendig erzählt, mühelos lässt sie eine Seite nach der anderen verschlingen.

Olga Grassnova, Schriftstellerin die in der damaligen Sowjetunion geboren, schrieb in Der ZEIT über den Roman: »Wenn Sie Russland verstehen möchten, oder auch ihre Nachbarn,

dann lesen Sie dieses Buch.«

Haratischwili wollte mit dem mangelnden Licht das Buch schreiben, das zeigt, wie es ist, wenn die Jugend dem Gewaltreigen zum Opfer fällt. Wie alle Jugendlichen sehnen sie sich nach der Leichtigkeit des Seins und erfahren Tag für Tag wie weit der Krieg mit seiner Brutalität sie damit davon katapultiert.

Jetzt ist es ein Buch, das mehr ist als nur ein gut geschriebener Roman. Es hilft dabei, die Gegenwart über die Vergangenheit zu verstehen. Übrigens: Es ist exakt an dem Tag erschienen als Putin die Ukraine überfallen hat. Warnungen, dass er auch vorhat Georgien anzugreifen, sind unüberhörbar. Schon 2008 hat er den Krieg gegen Georgien geführt, Georgien hat den Beitritt zur Europäischen Union beantragt. »Das mangelnde Licht« macht begreifbarer wie der Zerfall der Sowjetunion und die Staaten, die aus ihr hervorgegangen sind, zusammenhängen. Die Geschichte webt Haratischwili beinahe nebensächlich in ihren Roman, dabei bekommt

jedes Detail sein Gesicht. Jede Figur ist sorgsam ausgewählt und stimmig im großen Ganzen platziert. Und noch etwas: Das Lesen der Bücher von Haratischwili verspricht – obwohl es sehr dicke Bücher sind – einen Sog, der einen nicht mehr loslässt. Auch das mangelnde Licht ist mit 830 Seiten lang, aber es ist dicht geschrieben und keine einzige Seite ist zu viel.

Martina Plum



